

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Monatlicher Abonnementspreis: 2.10 Mk. halbjährlich 10.50 Mk., monatlich 3.00 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus geliefert. Preis für den Abnehmer 1.40 Mk., monatlich 7.00 Mk. in den Sonntagsausgaben mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Fernsprechanzeige und Ausgabestellen, sowie alle Postanfragen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenzeitschriften Zeitungs- oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 70 Pfg., auswärtsige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepostkarte für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 200 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Aufträgen entsprechende Rabatte. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. für Tagesblätter im Sonntagsausgaben bis 12 Uhr mittags. Nicht gelieferte Anzeigen werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist, nicht gelieft.

Nr. 122

Montag den 31. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Feindseligkeiten zwischen Japan und England sind am 25. Mai zu Ende gegangen. Rüstungs- und japanische Kommissionen sind zum Abschluß des Waffenstillstandes in Karasuma eingetroffen.

Daily Mail meldet aus Paris: Wegen der neuen russischen Anträge, die Seeresstärke auf 10 000 Mann belassen zu dürfen, haben sich Frankreich, Belgien und England ausgesprochen.

Die türkische Friedensdelegation hat in der Note eine Verlängerung der Frist bis zum 11. Juni nachgesucht, um Gegenbemerkungen zu den Friedensvorschlägen zu machen.

Tempo meldet aus London, Krassin werde im Laufe dieser Woche mit Lloyd George Bonar Law und Lord Curzon über wirtschaftliche Fragen verhandeln.

Durch Beschluß des ungarischen Ministerates wurde Landesverteidigungsminister General Goss mit der unterschriftlichen Vollziehung des Friedensvertrages betraut.

Beginnende Einsicht?

Von besonderer Seite wird dem Auer Tageblatt geschrieben: Daß immer neue Lohnforderungen die Lage der Arbeiter nicht verbessern, sondern nur verärgern, beginnen jetzt auch solche Kreise einzusehen, die bisher noch jeden Streik glauben verherrlichen zu müssen. Nachdem der Hagen von den Syndikalisten verbannt worden ist, bricht jetzt auch in weiteren Kreisen der Gewerkschaftler, ja sogar im unabhängigen Lager die Erkenntnis durch, daß statt Lohnhöhungen eine Erhöhung unserer Produktionskosten notwendig ist. Besonders bemerkenswert ist da ein Artikel der Unabhängigen Volkszeitung für das Publikum in Nr. 80, den sogar die Leipziger Volkszeitung abdruckt, in dem den Arbeitern in folgender Weise die Augen geöffnet werden:

Allein, auch wenn die Kapitalisten gänzlich auszuschaltet sind, können nicht mehr Güter verteilt werden, als vorhanden sind. Je kleiner die Gesamtmenge, desto kleiner auch der Anteil, der auf den einzelnen fällt, wie auch der geldliche Wert der Güter und Löhne ausgedrückt werden mag. Das erfordert Maßnahmen, damit die Verteilung möglichst gleichmäßig vorgenommen wird, um nicht einzelne Arbeiterkategorien einen größeren Anteil bekommen zu lassen als andere. In praktische Verhältnisse übertragen heißt das, es dürfen nicht einzelne besonders unentbehrliche Arbeiter oder Arbeiterschichten ihre Löhne erhöhen oder die Arbeitszeit verkürzen, ohne sich um die Gesamtheit und die entbehrliche und weniger kampffähige Arbeiterschaft zu kümmern. Im kapitalistischen Staat, in dem zu leben wir vorläufig noch gezwungen sind, würde die Unbestimmtheit bedeuten, daß die von der betreffenden Arbeiterschaft hergestellten Güter, also z. B. Kohlen, im Preise steigen würden. Und so müßten indirekt die anderen, weniger unentbehrlichen Arbeiterschichten die Kosten des Langes tragen. Die Konsequenzen, die daraus entstehen würden, hätte Karl Kautsky in seinem Referat vor dem zweiten Arbeiterkongress in folgende Sätze zusammengefaßt: Der ganze Streik ließe auf eine Gewalttätigkeit der ganz unentbehrlichen Arbeiter über die eher, wenigstens vorübergehend, entbehrlichen hinaus, etwa der Kohlenarbeiter über die Textilarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Schreiner usw., ein Zustand, der ebenso unerträglich wäre, wie die kapitalistische Ausbeutung.

Das Elend der Deuerung hat seine letzten Wurzeln im Mangel an Produkten und in der Desorganisation der Produktion. Die Lohnhöhungen sind zurzeit gewiß unentbehrlich, aber sie bedeuten letzten Endes keine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Im besten Falle helfen die Lohnhöhungen einzelnen Arbeiterschichten, und auch denen nur vorübergehend; sie beeinträchtigen oft jene Arbeiter die die Produkte konsumieren, die unter den Durchschnitt erhöhten Löhnen hergestellt werden. Helfen kann der Gesamtheit der Arbeiterschaft nur eine Senkung der Preise. Nur dadurch ist eine Erhöhung des Reallohnes möglich. Und auf den kommt es an, nicht auf den Geldlohn. So sehr es auch vielen wider den Strich geht, die Arbeiterschaft muß lernen im Gleichschritt zu marschieren. Die weiter voran sind, müssen Vorzer treten, die hinterher hinken, müssen sich größerer Hilfe befleißigen. Die Erkenntnis, daß mit einer Lohnbewegung der Kapitalismus nicht aus den Angeln gehoben wird, dürfte auch den erregtesten Unionisten nicht verschlossen sein. Wäre der Kampf so einfach, dann wäre das Problem bereits gelöst.

So weit die Unabhängige Volkszeitung für das Publikum. In ähnlicher Weise hatte schon früher, wie im Auer Tageblatt bereits berichtet wurde, die Arbeiter- und Arbeiterinnenzeitung die Arbeiter zur Einsicht aufgerufen. Es wäre sehr erfreulich,

wenn recht viele Arbeiter sich zu dieser Erkenntnis durchringen würden.

Reichsminister Blunk über die Aussichten der Wahlen.

Reichsjustizminister Blunk sprach sich über die Aussichten der Wahlen aus und sagte dabei: Bei den Wahlen werden die Koalitionen voraussichtlich nach rechts und links abbrechen. Das wird zunächst ein Zusammenarbeiten erschweren, da die Sozialdemokratie sich weiter nach links orientieren werde. Wenn es so kommen sollte, wie rechts vermutet wird, daß Deutsche nationale und Unabhängige zusammen jede Mehrheit unmöglich machen, so wird durch Ausschaltung der Sozialdemokratie die Fortdauer des Bundesungsprojektes unterbrochen. Auch das Zentrum wird in keine Koalition mit den Rechtsparteien eintreten. Wenn man eine Mehrheit auf Grund von Wahlen, die unter der jetzt betriebenen Verhütung zustande gekommen sind, finden will, so wird man einen schärferen Zusammenbruch erleben. Jede Mehrheit ist nicht auf demokratischem Boden steht, ist heute zur Führung der Geschäfte unfähig. Gegen die Erbitterung der Bergarbeiter wird eine Regierung der Rechtsparteien nichts ausrichten. Die notwendige Verbilligung der Massen kann nur auf demokratischer Grundlage erfolgen. Gesezt, wir erzielten eine Regierung mit Stresemann als Reichskanzler und Helfferich als Finanzminister: was könnte man da in Spa erwarten, und wie könnte man hoffen, die Entente zu überzeugen, daß der Friedensvertrag revidiert werden muß? Gegenüber den Vorwürfen gegen die Koalitionsregierung die so wenig geleistet habe, schilderte der Reichsjustizminister die ungeheuren, nicht genug gewürdigten Fortschritte, welche unter der bisherigen Regierung nach dem politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und moralischen Zusammenbruch gemacht worden seien. Die Beseitigung habe zunächst einmal bewirkt, daß das Reich zusammengeblieben ist. Die Zwangswirtschaft werde voraussichtlich im Herbst im wesentlichen abgebaut sein. Die Kontrolle der Ein- und Ausfuhr müsse bestehen bleiben. Die Befreiung der Wälsche sei nicht, wie behauptet wird, eine Wachsmaße der Regierung, sondern die Regierung habe die Grundlage dafür geschaffen, indem sie es erreichte, daß in den letzten drei Monaten die Ausfuhr an Wert den Einfuhr übertraf. Auch die durch Verhandlungen erzielte Verstopfung des Verkehrs im Westen mache sich dabei fühlbar.

Die Verfassungstreue der Reichswehr.

Das Reichswehrministerium teilt mit: Aus Anlaß der zahlreichen Rückschläge erschienen am Sonntag die Kommandeure der Garnisonen von Großberlin beim Reichswehrminister und legten ihm folgende Erklärung vor:

Wir versammelten Kommandeure der Garnisonen von Großberlin gehen hiermit dem Herrn Reichswehrminister die feierliche Erklärung ab, daß wir und die uns unterstellten Truppenteile Bedenkenlos hinter der verfassungsmäßigen Regierung stehen, und daß wir mit unseren Truppen bereit sind, die Verfassung gegen jeden gewalttätigen Umsturz, komme er von rechts oder links, wenn es sein muß auch mit den Waffen zu schützen. Wir bitten, diese Erklärung auch dem Herrn Reichspräsidenten zu unterbreiten.

Der Reichswehrminister erwiderte darauf: Mit Befriedigung nehme ich die feierliche Erklärung Ihrer Loyalität entgegen. Sie gibt mir die Gewißheit, daß wir den nächsten Wochen mit unbedingter Ruhe und Zuversicht entgegensehen können. Meine Herren, ich danke Ihnen! Übermitteln Sie bitte allen Ihren Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften meine kameradschaftlichen Grüße! Meine Herren, ich vertraue Ihnen, ich baue auf Ihr Manneswort und danke Ihnen von ganzem Herzen. Ich werde heute noch dem Herrn Reichspräsidenten Meldung erlassen. — Der Reichspräsident nahm diese Erklärung mit Dank und Befriedigung entgegen.

Ein Ausnahmengesetz gegen die Freikorps.

Da sich in der letzten Zeit Bestrebungen bemerkbar gemacht haben, die entlassenen oder zur Entlassung bestimmten Angehörigen der Freikorps oder ähnlicher Formationen zusammenzuschließen und der Auflösung Widerstand zu leisten, hat der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch welche die Aufforderung an frühere oder derzeitige Angehörige der Freikorps zum vereinigten Ungehorsam oder gewalttätigen Widerstand gegen Anordnungen der zuständigen Dienststellen, insbesondere gegen Anordnungen über Auflösung, Verringerung und Umgliederung der bestehenden Verbände oder der Widerstand gegen solche Anordnungen mit Ruhestrafe bis zu 5 Jahren oder mit Gefängnisstrafe bedroht wird. Die gleiche Strafe

trifft denjenigen, den es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Stellen Personen zu Verbänden militärischer oder polizeilicher Art zusammenzuschließen oder wer an solchen Verbänden teilnimmt.

Meinung militärische Behörden.

Der Zusammentritt des neuen Reichstages. Wie gemeldet wird, legt die Reichsregierung Wert darauf, den neuen Reichstag möglichst bald nach den Neuwahlen einzuberufen, um auf Grund der Wahlen die neue Reichsregierungszusammensetzung vollziehen zu können. Man rechnet mit dem Zusammentritt für den 16. Juni. Wahrscheinlich wird der Reichstag sich von Mitte Juli ab auf einige Wochen vertagen.

Der Wahltag im besetzten Gebiet. Havas meldet: Der hohe Rat für das besetzte Gebiet hat angeordnet, daß am Tage der Reichstagswahlen keine Kundgebungen für oder gegen die Regierung erfolgen dürfen. Nach einer Anordnung des Marschall Foch bleiben am Tage der Reichstagswahl die Truppen der Besatzungsarmee in den Kasernen konzentriert.

Die Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials. Wie Petit Journal meldet, hat General Rollet über die Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials, die unter seiner Aufsicht in Deutschland erfolgt, soeben Bericht erstattet. Der General hat 100 Vernichtungsämter geschaffen, die ununterbrochen arbeiten. Das Material wird nicht im wahren Sinne des Wortes vernichtet, sondern nur zu Kriegszwecken unbrauchbar gemacht. Es wird dann der Wiedergutmachungskommission zugeführt, die es an deutsche Umetallfirmen verkauft. Der Wert der alten Metalle wird auf insgesamt 5 Milliarden Franken geschätzt.

Das bedrohte Ostpreußen. Infolge der durch das Näherücken der Bolschewistenarmee auf die Linie Wilna—Minsk eingetretenen Bedrohung Ostpreußens sind vom Stabe des Reichswehrministers umfassende militärische Sicherungsmaßnahmen in Ostpreußen angeordnet worden.

Ein wertvolles Eingeständnis. Wie erst nachträglich bekannt wird, befandete in dem Prozeß wegen der Kapitulation von Maubeuge, der mit der Freiplegung aller angeklagten Offiziere endete, der Major Bonhoure folgende Versicherung des Abgeordneten Desfontaines: Der Präsident Poincaré hat den Krieg verursacht. Er müßte dafür kriegsgerichtlich erschossen werden.

Förderung des Anschlußgedankens in Oesterreich. Laut Wiener Journal hat sich in Wien ein Ausschuss zur Gründung einer Vereinigung gebildet, welche die Vorbereitungen des künftigen Anschlusses an Deutschland bezweckt, den Anschlußgedanken wacherhalten und alles vorbereiten will, was seinerzeit seine Verwirklichung erleichtern kann.

Die Anarchie im Teschener Gebiet. Die Wiener Blätter berichten aus Mähren-Ditau: Andauernde Schieberellen im Wistimmungsgebiet, wo wieder zahlreiche Personen verlegt wurden, veranlaßten endlich die italienischen Truppen zum Einschreiten und zur Besetzung einiger Karwiner Schäfte, welche darauf von den Polen geräumt wurden.

Warschau im Verteidigungszustande. Daily Mail meldet aus Warschau, daß die Stadt in Verteidigungszustand gesetzt wurde. Die polnische Regierung hat mehrere Kelerpejahrgänge zu den Waffen gerufen. In Warschau verstanden Anschläge, daß die polnische Heimat durch das bedrohliche Einrücken bolschewistisch-russischer Heereskräfte in Gefahr gebracht sei.

Finnischer Feldzug gegen die Bolschewisten. Nach einem Telegramm aus Helsingfors haben die finnischen Operationen gegen die in Ostkarelen eingebrochenen Bolschewisten nun begonnen. Mittwoch fand ein Zusammenstoß an der Grenze zwischen bolschewistischen und finnischen Truppen statt. Nach kurzem Kampfe zogen sich die Bolschewisten zurück.

Der Heilige Krieg ausgerufen. Englischen Blättern wird aus Konstantinopel berichtet, daß Gallata von arabischen Kriegsbänden überflutet wird. Die französische Zone ist in den Händen der Aufständigen. Die Bevölkerung flieht nach der auch schon bedrohten englischen Zone. Auch in Mesopotamien rücken die Araber vor. Damaskus und Bagdad sind eingeschlossen, Jerusalem ist in Gefahr. In Stambul wurde ein Aufruf zum Heiligen Krieg ausgegeben.

Krankenkassen und Aerzte.

Bu diesem von beiden Seiten jetzt wiederörterten Thema erhalten wir heute die folgenden Zeilen zugesandt: Auf die in der Nummer vom 29. Mai 1920 Ihres geschätzten Blattes veröffentlichte Aufschrift des Erzgebirgs-Krankenkassenverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg-erlaube ich mir Folgendes zu erwidern: 1. Es ist juristisch, daß wenn ein Arzt aus der Ortskrankenkasse aus, denn diese Kasse ist in der Hauptsache gemeint, eine gewisse Summe, sagen wir 5000 Mark, das letzte Vierteljahr bezogen hat, er die gleiche Summe auch von den Auer Betriebskrankenkassen erhalten hat. Obgleich diese Kassen die Ärzte besser entlohnen, so beträgt ihre Mitgliederzahl noch lange nicht 8000, wie die der Auer Ortskrankenkasse. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß bei den größten Betriebskrankenkassen, nämlich die der Firma G. M. Dange in Auerhammer und Erdmann Kirchs in Aue, seit über die Hälfte der Mitglieder nicht in Aue, sondern außerhalb wohnen. Die bei der erwähnten Firma in Rodau, Bucharau, Neusäßel usw. beschuldeten Mitglieder war-